AZ 4410 Liestal | Nr. 301 | 180. Jahrgang **FREITAG, 2. NOVEMBER 2012 | FR. 2.50** redaktion@bzbasel.ch 061 927 26 00 | abo@bzbasel.ch 058 200 55 05 | inserate@bzbasel.ch 061 927 26 70

bz BASEL

DIE NORDWESTSCHWEIZ

Thema Barack Obama – die Bilanz

Wie der US-Präsident sich veränderte, was er erreichte, und wo er scheiterte. **Seite 3**

INSERAT

«Jetzt geht es mir besser!»

Die erfolgreiche Rehabilitation nach Unfall oder Krankheit: **www.rehaclinic.ch**

RehaClinic

AVO Nubya und Juanes: Musik für Herz und Beine

Die Basler Sängerin Nubya sang sich gestern die Seele aus dem Leib. **Seite 24**

Vollständiges Versagen vorgeworfen

Landrat Massive Kritik am Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Peter Zwick

VON THOMAS DÄHLER

Der Baselbieter Regierungsrat Peter Zwick (CVP) und seine Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) sind vom Landrat schwer gerügt worden. Anlass dazu war der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK), den der Landrat einhellig zur Kenntnis nahm.

Mehrere Votanten von links bis rechts hielten Zwick vor, er sei für alle Fehlentscheidungen im Gesundheitsbereich während der letzten fünf Jahre verantwortlich. Zwick habe ohne Strategie gearbeitet und das Parlament manipuliert. Heute sei man im Gesundheitsbereich gleich weit wie vor fünf Jahren. Im Zentrum der Kritik standen die Planung des nicht realisierten Neubaus des Bruderholzspitals mit dem Geriatriezentrum beider Basel, die verspätet aufgegleiste Verselbstständigung der Baselbieter Spitäler sowie die neue Pflegefinanzierung.

FDP, SVP, SP und Grüne machten Zwick allein dafür verantwortlich, dass 13 Mio. Franken für den nicht realisierten Spitalneubau auf dem Bruderholz in den Sand gesetzt wurden. Einzig Zwicks eigene CVP-Fraktion hielt dem entgegen, dass es der Landrat war, der den Projektierungskrediten mit grosser Mehrheit zugestimmt habe.

Musste viel über sich ergehen lassen: Regierungsrat Peter Zwick gestern im Landrat. MARTIN TÖNGI

Zwick seinerseits räumte Fehler ein, verwies aber auch auf die Mitverantwortung des Parlaments und auf die nicht vorhersehbare Entwicklung der Gesundheitspolitik auf Bundesebene. Er habe die Gesundheitskommission nicht manipuliert und er habe auch keine Informationen unrechtmässig zurückgehalten.

Sowohl Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro als auch Zwick versprachen, den Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission Folge zu leisten. Der Bericht enthält zwei Empfehlungen an die Gesamtregierung und fünf an die VGD. Dabei geht es namentlich um verbindliche Standards für Projektorganisationen, eine bessere Zusammenarbeit unter den Direktionen sowie eine bessere Information des Landrats, seiner Kommissionen und der Medien. Pegoraro beteuerte ausserdem, dass die Regierung Vertrauen in Zwick habe.

Kommentar rechts, Seite 25

Kommentar

von Thomas Dähler

Jeden Kredit verspielt

■ Strategielosigkeit, Manipulation, Charakterschwäche – Versagen auf der ganzen Linie: So massiv ist wohl noch nie ein Baselbieter Regierungsrat von links bis rechts kritisiert worden. Das Vertrauen in den Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor ist auf den Nullpunkt gesunken. Der Landrat hat gestern deutlich zu verstehen gegeben, dass er eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Peter Zwick nicht mehr für möglich hält. Zwick hat jeden Kredit verspielt.

Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission ist in der Tat entlarvend. Erstaunlich ist bloss der Zeitpunkt. Noch im Frühjahr 2011 hatten FDP und SVP den CVP-Mann einhellig zur Wiederwahl empfohlen. 2010 war diese Zeitung von den bürgerlichen Parteien gescholten worden, als sie den Planungsstopp für das Bruderholzprojekt forderte und die verspätete Ausgliederung der Spitäler kritisierte. Gedauert hat es sehr lange, bis sich das Parlament auf seine Aufsichtspflicht besann.

In der Sache ist die Kritik an der Baselbieter Gesundheitsdirektion richtig. Dennoch hätten sich insbesondere die Wendehälse unter den Parlamentariern gestern um einen höflicheren Ton bemühen können. Beim Gesundheitsdirektor allein liegt die Verantwortung für das Debakel nicht. Das Parlament hat die Kredite bewilligt und die Grünen als Kritiker lange im Regen stehen lassen.

Zwar hat die Regierung gestern signalisiert, dass sie in Peter Zwick weiterhin Vertrauen hat. Doch das wird nicht ausreichen, um bei Geschäften aus seiner Direktion zum Alltag überzugehen. Zwick muss sich darauf einstellen, dass sein Wort im Parlament künftig nicht mehr viel zählen wird.

thomas.daehler@azmedien.ch

Suche nach bestem «Beggeschmutz»

An der Herbstmesse gibt es neben den verschiedenen Bahnen eine grosse Auswahl an süssen Leckereien. Die lassen einem das Wasser im Mund zusammenlaufen. «Schoggifrüchte», «Maagebrot» und «Roosekiechli» sind zwar Kalorienbomben, doch keine «Mäss»-Süssigkeit ist so typisch wie der «Beggeschmutz»: ein Traum aus süssem Eiweissschaum, überzogen mit Schokolade und mit Kokosstreusel garniert. Zwei Redaktorinnen der bz haben den Test gemacht: Welche Füllung ist die beste, welcher Schokoladenüberzug ist der dünnste und welcher «Beggeschmutz» ist der grösste? Wie viel Kokosstreusel braucht es eigentlich, und schmecken handgemachte Exemplare besser als maschinell hergestellte? Und natürlich: Wo kann man den Sieger kaufen? (JAG/ MUM) **Seite 23**

Amokfahrt hat Folgen für die UPK

Diese Tat schockierte ganz Basel: Einem Schizophrenen gelingt es, aus der geschlossenen Abteilung der Psychiatrie zu türmen. Mit einem gestohlenen Auto fährt er in einem Höllentempo – teilweise über das Trottoir und auf der Gegenfahrbahn – vom Gellertquartier über die Schifflände ins Kleinbasel. Unterwegs verletzt er sieben Menschen, eine Velofahrerin tötet er.

Gestern stellten die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) einen von unabhängigen Sicherheitsexperten erstellten Bericht vor. Im Zentrum stand die Frage, ob die Sicherheit auf der Abteilung Forensik – wo der Täter einsass – gewährleistet war. Der Bericht kommt zum Schluss: Zwar trifft die UPK keine Schuld, aber dennoch gibt es grosses Verbesserungspotenzial. (MKF) **Seite 21**

Gesagt

«Ich muss meine Rolle akzeptieren. Auch wenn es sehr schwer fällt.»

GRANIT XHAKA über sein Reservistendasein in der Bundesliga. **Seite 13**

bz REGION

Rechtsgutachten: Nur Spital von Laufentalvertrag geschützt

Lange liess es auf sich warten, das von der CVP Laufental in Auftrag gegebene Rechtsgutachten zum Laufentalvertrag. Das Resultat ist klar: Gerichtssitz und Bezirksschreiberei sind nicht gesichert. Die Abstimmung vom 17. Juni war rechtskonform. Nun resignieren auch die Berntreuen. (MN) **Seite 27**

Drama und Erfolg: Russlandtour des Sinfonieorchesters

Die Russen sind ein anspruchsvolles Publikum. Umso stolzer dürfen die rund 100 Musikerinnen und Musiker des Sinfonieorchesters Basel auf die Standing Ovations in der Tchaikovsky Concert Hall in Moskau sein. Und das alles erreichte das Profiorchester nach einem wahrhaftigen Höllentag. (SPE) **Seite 22**

HEUTE IN DER ZEITUNG

Börse	Seite 10
Leben	Seite 12
Sport	Seiten 13–15, 17
Todesanzeigen	Seite 18
TV/Radio	Seite 19
A bis Z	Seite 20
Kultur	Seiten 33/35
Kino	Seite 34
Agenda	Seiten 37/38
Wetter	Seite 39
Leserforum	Seite 40

bz Basel
9 771223 544923 50044

INSERAT

Stimmen zur Landratsdebatte um den GPK-Bericht

«Wir sind 5 Jahre älter, 13 Millionen ärmer und gleich weit wie zuvor.»
Rolf Richterich, FDP

«Das hier ist nur die Spitze eines Eisbergs.»
Rahel Bänziger, Grüne

«Man hat das Recht, klüger zu werden.»
Felix Keller, CVP

«Ich habe Mühe, meine Wut zu unterdrücken.»
Pia Fankhauser, SP

«Vieles mussten wir aus der Zeitung erfahren.»
Peter Brodbeck, SVP

«Die Regierung hat weiterhin Vertrauen in Peter Zwick.»
Sabine Pegoraro, FDP

Einzig das Wort «Rücktritt» fiel nicht

Trommelfeuer Bericht der Geschäftsprüfungskommission mündete in beispiellose Abrechnung

Landrat BL

VON BOJAN STULA

Ohne erkennbare Gefühlsregung sass Peter Zwick in seinem Ratssessel, als GPK-Präsident Hanspeter Weibel nochmals die geballte Ladung Vorwürfe zusammenfasste: In der Spitalplanung wurde viel Geld ohne Resultat verpulvert, Informationen unter Verschluss gehalten, das Projektmanagement entpuppte sich als ungenügend, genauso wie die direktionsübergreifende Zusammenarbeit. Was danach folgte war eine fast zweistündige, als Landratsdebatte getarnte Generalabrechnung mit Zwick.

Blutleere Verteidigung

Benutzte das Parlament die Auseinandersetzung dazu, um jahrelang aufgestaute Enttäuschungen und Frustration loszuwerden, so sorgte Zwicks blutleere Verteidigungsrede nur noch für Ratlosigkeit. In wenigen dürren, abgehackten Sätzen ging der Gesundheitsdirektor bloss auf einige Detailpunkte ein. Fast schien es so, als habe er die ganze Angelegenheit längst abgehakt. «Zwicks Statement nach der Debatte hat mich sehr enttäuscht», stellte anschliessend FDP-Frau Monica Gschwind fest, die als Verfasserin des allseits gelobten GPK-Berichts gestern so etwas wie der heimliche Star im Landrat war. «Ich wollte seine Argumente mitschreiben, fand dann aber keinen roten Faden.» Offenbar nicht viel besser erging es Parteikollege Christoph Buser: «Ich weiss gar nicht mehr, was er gesagt hat. Inhaltlich konnte Zwick nicht viel widerlegen. Angesichts der Menge der Anschuldigen wäre aber eine Rechtfertigung vermutlich auch zwecklos gewesen.»

«Überraschend defensiv und nichtssagend», beurteilte schliesslich Klaus Kirchmayr Zwicks Auftritt. Der Grüne aus Aesch war es gewesen, der in einer eigentlichen Brandrede Zwick im Plenum das Vertrauen entzog und den versprochenen Paradigmenwechsel in der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion anzweifelte. Für eine direkte Rücktrittsforderung gab sich Kirchmayr allerdings nicht her, ebenso wenig alle anderen schimpfenden Landrätinnen und -räte. Dennoch ging aus der gestrigen Debatte eindeutig hervor, dass man dem Regierungsrat aus Münchenstein in seiner restlichen Amtszeit nicht mehr viel zutraut – egal in welchem Dossier.

Peter Zwick war gestern der einsamste Mensch im Rat. TÖNGI

Nur die CVP hielt zu Zwick

Wie erdrückend die Kritik im Rat ausfiel, zeigte sich letzten Endes an der geringen Anzahl Fürsprecher. Nur gerade die CVP-Redner Beatrice Herwig, Felix Keller und Agathe Schuler nahmen ihren Regierungsrat in Schutz, während wenige andere, wie FDP-Landrätin Regina Vogt, ihm immerhin die Zeit einräumen wollten, den Kurswechsel in der eigenen Direktion unter Beweis zu stellen.

CVP-Präsidentin Sabrina Mohn zeigte sich nach dem Trommelfeuer «irritiert» darüber, wie sehr «auf den Mann gezielt» wurde. «Hier wurde ein Stil der Abrechnung gewählt, der sonst nicht üblich ist.» Damit lag Mohn gewiss richtig. So eine parteiübergreifende verbale Abschlachtung eines Regierungsrats hat das Baselbiet in der jüngeren Vergangenheit tatsächlich noch nie erlebt. Welche realen Auswirkungen diese aber haben wird, können nicht einmal die grössten Kritiker vorhersagen.

Nachwehen um Salina Raurica

Coop-Deal Die Ansiedlung von Coop in Salina Raurica (bz berichtete) sorgte gestern im Parlament für ein mittleres Nachbeben. Während die beiden wirtschaftsnahen Landräte Christoph Buser (FDP, Füllinsdorf) und Klaus Kirchmayr (Grüne, Aesch) an ihrer Kritik festhielten, dass der Coop-Deal trotz 250 neuer Arbeitsplätze eine zu geringe Wertschöpfung für das beste der noch verbliebenen kantonalen Industrieareale generiere, erhielt Baudirektorin Sabine Pegoraro unerwartete Unterstützung von Sicherheitsdirektor Isaac Reber. «Zeigen Sie mir im Kanton ein anderes 80 000 Quadratmeter grosses Entwicklungsgebiet mit Bahnanschluss, das noch frei ist», schimpfte Reber mit all jenen Parlamentariern, die Coop gerne an einem anderen Ort angesiedelt hätten. Um zu erkennen, dass es kein solches gebe, brauche man keinen Strategieplan, doppelte Pegoraro nach und fragte rhetorisch: «Ist solche Kritik jetzt wirklich das Zeichen, das Sie an künftige Investoren aussenden wollen?»

Der ehemalige Raumplaner Reber forderte das Parlament auf, die Coop-Ansiedlung gesamtheitlich zu betrachten. Am Prattler Bahnhof werde durch den Umzug von Coop ein erstklassiges Industrieareal frei: «Dieses spielen wir jetzt frei für eine hochwertige Entwicklung.» (BOS)

«Ein Schaulaufen des Parlaments»

Gegenargumente In der Debatte selbst verzichtete der angeschossene Regierungsrat Peter Zwick auf eine energische Verteidigungsrede. Erst im Vorzimmer wurde der Gesundheitsdirektor gesprächiger.

VON BOJAN STULA

Peter Zwick, Sie sind im Landrat in noch selten gehörter Schärfe von allen Seiten kritisiert worden. Was halten Sie davon?
Peter Zwick: Das war nun wirklich ein Schaulaufen des Landrats. Er wollte zeigen, wer er ist und welche Kompetenzen er hat. Ich betone nochmals: Ich finde den GPK-Bericht gut, das habe ich auch in meinem Statement gesagt. Nur wenn man von aussen den Spiegel vorgehalten erhält, kann man sich verbessern. Aber wir werden jetzt in unserer schriftlichen Stellungnahme aufzeigen, dass für die Fehler und Verzögerungen nicht nur die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion verantwortlich ist.

Waren Sie überrascht, dass ausgerechnet die FDP die schärfste Attacke gegen Sie als bürgerlichen Regierungsrat geritten hat?
Das war Wahlgeplänkel. Die Absicht der Attacke kenne ich nicht. Das war etwas Neues. Vielleicht müssen wir uns bei unseren bürgerlichen Partnern an eine neue Politik gewöhnen.

Das Wort vom Vertrauensverlust machte die Runde. Wie gehen Sie damit um, dass die Landräte von links bis rechts Ihnen offenbar nicht mehr vertrauen?
Mit diesen Aussagen kann ich umgehen. Man bereitet jetzt schon die Wahlen 2015 vor, das hat man in der heutigen Debatte klar gemerkt. Ich geniesse das Vertrauen meiner Regierungskollegen, und ich bekomme mehr positive Rückmeldungen für meine Arbeit als andere.

> **«Es liegt mir fern, unter der Gürtellinie zu spielen und mit Dreck zurückzuschleudern.»**

Sie haben zwar Besserung und einen Paradigmenwechsel in Ihrer Direktion angekündigt. Doch offenbar nehmen Ihnen viele diesen Paradigmenwechsel nicht ab.
Ich kann nur beweisen, dass wir unsere Arbeit besser machen können. Wir haben intern aufgerüstet, wir haben das Rechnungswesen verbessert und einen Gesundheitsökonomen angestellt. Zudem will ich festhalten: Ich werde jetzt wegen drei Vorlagen angegriffen. In den vergangenen fünf Jahren habe ich aber Hunderte von Vorlagen zur Zufriedenheit von Volk und Parlament erledigt.

Viele im Parlament waren von Ihrer Stellungnahme enttäuscht. Sie haben offenbar die Chance verpasst, sich energischer zu verteidigen.
Verteidigen kann ich mich erst im schriftlichen Bericht. Ich wollte in meinem Votum einfach ein paar Eckpunkte, die in der Debatte falsch geäussert worden waren, richtig stellen. Ich hatte zwar eine lange Rede vorbereitet, habe dann aber vieles bewusst nicht gesagt. Es liegt mir fern, unter der Gürtellinie zu spielen und mit Dreck zurückzuschleudern.

Wie ist Ihre Gefühlslage nach einem solchen Tag im Landrat?
Das ist das Los der Regierung. Wir übernehmen die Verantwortung. Auf der anderen Seite will man mitentscheiden, aber man übernimmt die Verantwortung nicht. Ich bin erstaunt, wenn jetzt behauptet wird, den Landrat treffe keine Schuld. Der Landrat oder seine Kommissionen haben alle Entscheide bewilligt. Auch das musste ich in meinem Statement richtig stellen.

Aufsteller

Wer sagt denn, dass im Landrat bloss alles stur entlang der Parteigrenzen passiert? Eine geradezu einzigartige Konstellation ergab sich in der Debatte um Salina Raurica, als FDP-Baudirektorin **Sabine Pegoraro** von Parteikollege **Christoph Buser** harsch kritisiert, dafür aber ausgerechnet von SP-Mann **Ruedi Brassel** für den Coop-Deal in Schutz genommen wurde. Nun gut, Brassel hatte als Prattler auch allen Grund zur Freude. (BZ)

Ablöscher

Selbst die Mittagspause wurde **Peter Zwick** verdorben. Maliziös deutlich mit 66:10 Stimmen erklärte der Landrat, gegen Zwicks Willen, eine Interpellation von SVP-Vertreter **Georges Thüring** für dringlich, weshalb der Volkswirtschaftsdirektor innert zwei Stunden 13 Antworten zu angeblichem Lohndumping beim Aufbau der Swiss Indoors finden musste. Das roch schon sehr stark nach einem Extra-Denkzettel für Zwick. (BZ)

Aus dem Landrat

Fluglärm Parlament fühlt sich nicht ernst genommen
Allgemeine Kritik in der Debatte zum Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung des Fluglärms im Jahr 2011: Weder Fluglärmkommission noch Regierung sind auf die Motion und die Petition mit 8 000 Unterschriften eingegangen, mit welcher am Euro-Airport eine gleich lange Nachtruhe wie in Zürich verlangt wurde. Die Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro antwortete, die Regierung habe Ja gesagt, dass die Express-Frachtflüge für die Pharma «eminent wichtig» seien. (DH)

Kita-Plätze Münger vermisst Aktionsplan
Eine «familienfreundliche Wirtschaftsregion» hatte Daniel Münger (SP, Münchenstein) per Postulat gefordert. Er anerkannte die gute Auslegeordnung in der schriftlichen Antwort des Regierungsrats. Allerdings vermisst er Pläne für konkrete Schritte: «Es fehlt an Infrastruktur für Kinderbetreuung». (DH)

Finanzhaushalt Revision klar angenommen
Der Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes stimmte der Landrat mit 74 Ja gegen 6 Nein zu. Damit ist die Vierfünftel-Mehrheit erreicht. Somit werden künftig Investitionsbeiträge für ÖV-Infrastruktur und Altersheime in der Investitionsrechnung verbucht und entlasten damit die Erfolgsrechnung. (DH)

INSERAT
Am 25. Nov. 2012 für eine gute Schule Baselland
3 × Ja
Stoppen wir den Bildungsabbau

Komitee Gute Schule Baselland, Postfach 330, 4127 Birsfelden

bz REGION
BASEL-STADT, BASELLAND, SCHWARZBUBENLAND

3 × Ja
Stoppen wir den Bildungsabbau
Komitee Gute Schule Baselland, Postfach 330, 4127 Birsfelden

Mehrwertsteuer erst ab 100 oder 250 Euro zurück

Einkaufstourismus Für Rückerstattung bei Einkäufen in Deutschland könnte in Zukunft eine Bagatellgrenze gelten

VON PETER SCHENK

Wer im Raum Basel wohnt und in Südbaden einkaufen geht, erhält schon bei kleinsten Summen die deutsche Mehrwertsteuer zurück. Das könnte bald vorbei sein. Wie die «SonntagsZeitung» in ihrer letzten Ausgabe berichtete, setzen sich der Schweizer Botschafter in Berlin, Tim Guldimann, und die deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) beim deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble für die Einführung einer Bagatellgrenze ein.

Christian Beisch, stellvertretender Bundesvorsitzender der BDZ, bestätigte die Aussagen gegenüber der bz. «Es hat erste inoffizielle Kontakte gegeben. Botschafter Guldimann setzt sich für eine Grenze von 100 Euro, wir für 250 Euro ein.» Die Zollgewerkschaft kritisiert vor allem die hohe Arbeitsbelastung durch die Abstemplung der sogenannten grünen Zettel (siehe Box).

Zunahme von 23,2 Prozent

Laut Markus Ückert, Mediensprecher des Hauptzollamts Lörrach, sind allein in dessen Bereich um die 40 Zöllner hauptsächlich mit der Mehrwertsteuererstattung beschäftigt. Die Zahl der Ausfuhrbestätigungen ist in den ersten drei Quartalen 2012 gegenüber dem Vorjahr um 23,2 Prozent gestiegen. In absoluten Zahlen stempelten die Beamten des Hauptzollamts Lörrach in diesem Zeitraum 3,34 Millionen grüne Zettel ab.

Laut «Tages-Anzeiger» wurde die Einführung einer Bagatellgrenze von der Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin angeregt. Unter ihrer Leitung hatte eine Delegation von Schweizer Parlamentariern das Thema letzte Woche bei Schäuble angesprochen und war auf offene Ohren gestossen – die deutschen Zollbeamten hätten weniger Arbeit und der Minister mehr Einnahmen.

Riklin kritisierte gegenüber der bz die «ungleichen Spiesse», die deutsche und Schweizer Detailhändler durch die Erstattung der deutschen Mehrwertsteuer hätten. «Es kommt langsam ins Rollen. Wir müssen auch von der Schweiz aus Druck machen», sagte die Nationalrätin, die den Schweizer Detailhandel fördern will, und kündigte für die Wintersession einen Vorstoss an.

Auf wenig Begeisterung stösst die Initiative beim südbadischen Detailhandel. Verständlich: Immerhin stammten 2011 in Weil am Rhein 36 Prozent der Kunden aus der Schweiz und gaben 80 Millionen Euro aus. In Lörrach waren es 27 Prozent, die für 120 Millionen Euro einkauften. Neuere Zahlen liegen laut dem Handelsverband Südbaden noch nicht vor.

Günther Merz, Manager des Weiler Rheincenters, ist überzeugt, dass die deutschen Detailhändler in der Region Basel, alles daran setzen werden, dass die alte Regelung bestehen bleibe. «Jede Einschränkung der Rückerstattung bringt Umsatzverluste und wäre eine Katastrophe.»

Allerdings weiss auch Merz, dass viele Schweizer Kunden im grossen Supermarkt Marktkauf mehr als 100 Euro ausgeben; so wurden extra für sie grössere Einkaufswagen angeschafft. Stärker treffen würde es die Drogerie Rühle in Weil Friedlingen. «Für uns wäre das ganz schlecht. Viele Schweizer Kunden kaufen für 15 oder 20 Euro ein», so Walter Rühle.

Zurückhaltend äussert sich Mathias F. Böhm, Geschäftsführer von Pro Innerstadt in Basel. Er habe sich noch keine endgültige Meinung gebildet: «Das Ganze muss gesamtheitlich gelöst werden. Die Situation kann sich auch wieder umkehren. Bei einem Eurokurs von Fr. 1.60 haben wir extrem profitiert.»

Reine Symptombekämpfung

André Bähler, Leiter Politik und Wirtschaft bei der Stiftung für Konsumentenschutz, hält die Einführung eines Mindestbetrags für die Mehrwertsteuererstattung für «reine Symptombekämpfung». Er argumentiert: «Das beste Mittel gegen den zunehmenden Einkaufstourismus sind tiefere Preise für Importprodukte in der Schweiz.» Diese seien durch ein schärferes Kartellgesetz und eine konsequentere Nutzung der bestehenden Instrumente wie zum Beispiel Parallelimporte zu erreichen.

Bei aller Kritik am drohenden Mindestbetrag, so ganz will Günther Merz vom Rheincenter daran noch nicht glauben. «Die Diskussion kommt alle zwei Jahre. Ausserdem sind 2013 in Deutschland Bundestagswahlen und im Detailhandel arbeiten viele Teilzeitbeschäftigte.» Sprich: auf ihre Stimmen werde Schäuble nicht verzichten mögen.

Kontrollen gibt es, da für Produkte wie Fleisch in der Schweiz Einfuhrbeschränkungen gelten. KEYSTONE

GRÜNE ZETTEL: ABSTEMPELN LASSEN UND DANACH GELD ZURÜCK

Die **Rückerstattung der Mehrwertsteuer** bei Einkäufen in Deutschland ist einfach. Es genügt, dass das Geschäft an die Bescheinigung für Ausfuhren den Kassenbon heftet. Auf dem meist grünen Zettel muss man seine **Adresse angeben** und am deutschen Zoll Identität und Wohnsitz in der Schweiz nachweisen. Dann wird der Zettel **abgestempelt.** Beim nächsten Einkaufsbummel in Deutschland erhält man das Geld im Geschäft zurück. Bei Lebensmitteln beträgt die Mehrwertsteuer **7 Prozent,** sonst, zum Beispiel bei Drogerieartikeln, **19 Prozent.** In Frankreich erhält man die Mehrwertsteuer **erst bei Einkäufen ab 175 Euro** zurück. (PSC)

@ ausserdem zum Thema

Ist Grenze für Mehrwertsteuererstattung richtig? Diskutieren Sie online.

Analyse zur Abrechnung des Baselbieter Landrats mit Regierungsrat Peter Zwick

Die Gesundheit gegeisselt, die Wirtschaft gemeint

VON BOJAN STULA

■ **EIGENTLICH** sei der GPK-Bericht zu den Zuständen in der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion VGD ja «kalter Kaffee», sagte selbst SVP-Landrat Hanspeter Weibel, der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Als er vor vier Monaten publik gemacht wurde, löste er schon damals eine breite Diskussion über die Verfehlungen in der kantonalen Gesundheitspolitik aus. Gesundheitsdirektor Peter Zwick hat inzwischen Fehler eingeräumt und Verbesserungen angekündigt; die Gesamtregierung ebenso. Trotzdem gab derselbe Bericht nochmals Anlass dazu, dass am Donnerstag im Landrat praktisch alle Fraktionen eine gnadenlose Generalabrechnung vornahmen. Da drängt sich schon die Frage auf: Warum? Und warum so heftig?

NEBEN DER ALLGEMEINEN Frustration über die Kette offensichtlicher Fehlleistungen in der Spitalplanung und – besonders heikel – dem Verschweigen von Informationen könnte der Landrat seinen Zorn noch aus einem anderen Grund über Zwick entladen haben: Er geisselte zwar den Gesundheitsdirektor, meinte aber eigentlich den Volkswirtschaftsdirektor. Die «Wirtschaftsoffensive Baselland», also die Stärkung der Wirtschaftsentwicklung, ist der Schwerpunkt im Regierungsprogramm 2012–2015. Als sie im Februar dieses Jahres propagiert wurde, versprach man zwar einiges, doch ist ausser der Anstellung von SVP-Nationalrat Thomas de Courten als Wirtschaftsförderer nicht sonderlich viel passiert. Im Mai lehnte die Finanzkommission einen Nachtragskredit für das neu zu schaffende Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung ab, da das Kreditbegehren ohne brauchbares Konzept eingereicht worden war. Auf das Peter Zwick unterstellte Kompetenzzentrum wartet der Landkanton deshalb noch immer.

Der Frontalangriff der FDP auf Zwick war ein genialer Schachzug.

«DIE VORLAGEN der VGD sind die schlechtesten der ganzen Regierung», schimpfte Grünen-Landrätin Rahel Bänziger im Landrat. Und Parteikollege Klaus Kirchmayr stellte rhetorisch die entlarvende Frage, wie denn das Parlament je wieder einem Regierungsrat Zwick wird vertrauen können, der «Fakten manipulativ vorenthält». Jede Vorlage aus der VGD werde deshalb im Parlament «unter dem Stigma der Vergangenheit» betrachtet werden, drohte der Wirtschaftsexperte der Grünen. Deutlicher kann man wohl nicht ausdrücken, dass das Parlament gerade in der drängenden Wirtschaftsförderung Zwick nichts mehr zutraut. Der CVP-Magistrat ist wohl dazu verurteilt, die restlichen drei Jahre dieser Legislatur als «Lame Duck» abzusitzen.

BESONDERS UNERWARTET kam beim Zwick-Bashing der Frontalangriff der FDP gegen den bürgerlichen Regierungspartner. Was Zwick sich nur als vorgezogenen «Wahlkampf der neuen Art» erklären konnte, wird sich noch als genialer Schachzug der FDP entpuppen. Offensichtlich will die Wirtschaftspartei die regierungsrätliche Wirtschaftsentwicklungshoheit für sich beanspruchen. Lieber heute als gestern sähe die FDP ihre Regierungsrätin Sabine Pegoraro an der Spitze der VGD – oder zumindest als Baudirektorin mit zusätzlichen Wirtschaftskompetenzen ausgestattet. Und genau darum musste Peter Zwick zuerst so gründlich demontiert werden. Es dürfte sich noch als Fingerzeig entpuppen, dass Pegoraro, und nicht Zwick, die Neuansiedlung von Coop in Salina Raurica präsentiert hat.

bojan.stula@azmedien.ch

Nachricht

Nazi-Seite «Tageswoche» entschädigt Hermann Lei

Weil sie Hermann Lei fälschlicherweise beschuldigte, Halter der Website www.adolf-hitler.ch zu sein, entschädigt die Zeitung «Tageswoche» den Thurgauer Rechtsanwalt und SVP-Kantonsrat mit 5000 Franken. Er habe mit der Basler «Tageswoche» einen Vergleich abgeschlossen und werde wegen der ungerechtfertigten Vorwürfe mit 5000 Franken entschädigt, schreibt Lei in einer Mitteilung. Der Autor habe sich von seiner falschen Darstellung distanziert und entschuldigt. Ausserdem habe die «Tageswoche» eine Gegendarstellung veröffentlicht. Mit der «Woz» sei er wegen derselben Sache noch in Verhandlung. Lei hatte Strafanzeige gegen die Autoren der Beiträge eingereicht, weil sie zu Unrecht berichteten, Lei sei Halter der Website www.adolf-hitler.ch gewesen. Wegen der Weitergabe von Bankdaten im Zusammenhang mit der Affäre Hildebrand steht Lei selber im Visier der Justiz. (SDA)

Landrat droht weitere Chaos-Debatte

Budgetpostulate Die Parlamentarier bewegen sich zwischen Verweigerung und Hyperaktivität

VON MICHAEL NITTNAUS

«Groteskes Schauspiel ums Budget» titelte die bz vor knapp einem Jahr. Grund war eine beispiellos chaotische Debatte ums Budget 2012, bei welcher der eigentliche Inhalt der eingereichten Budgetpostulate in den Hintergrund rückte. Der Landrat rieb sich stattdessen an der auferlegten Redezeitbeschränkung auf oder daran, dass gewisse Anträge wegen der damals noch bevorstehenden Debatte ums Entlastungspaket Makulatur wurden. «Ich bin wirklich froh, über Weihnachten ein paar Tage ausspannen zu können», war denn auch Finanzdirektor Adrian Ballmers Kommentar nach der Monsterdebatte.

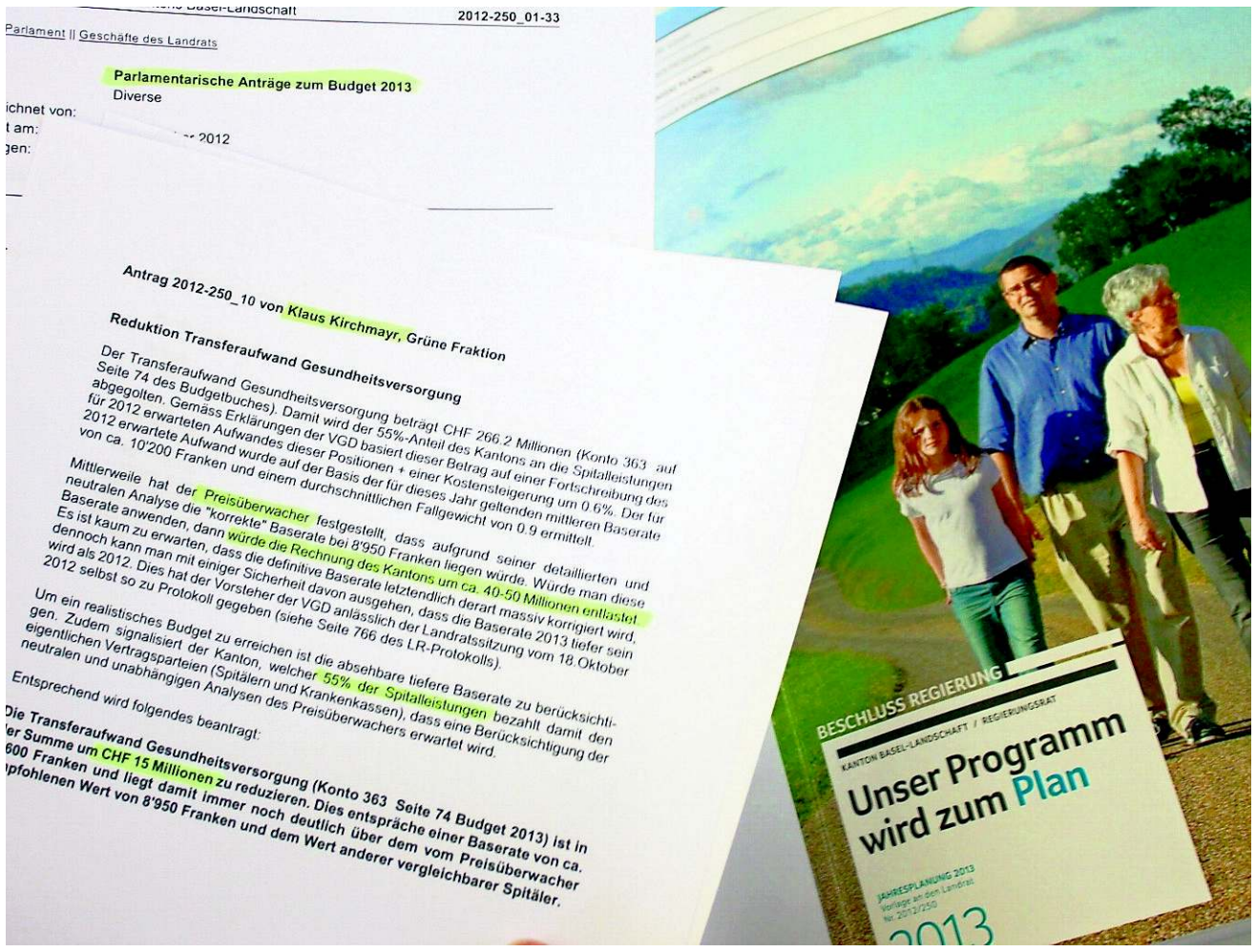
34 Postulate sparen 25 Millionen

«Ich befürchte das Chaos wird dieses Mal eher noch schlimmer», sagt nun Gerhard Schafroth. Für den GLP-Landrat sind die zweitägigen Budgetdebatten Mitte Dezember «teils fast lächerlich». Dies, weil der durch den Landrat beeinflussbare Teil des Budgets wegen der vielen gebundenen Ausgaben sehr gering sei. «Der Landrat verkommt langsam zu einer Truppe Pappsoldaten», so Schafroths vernichtendes Urteil.

«Ich kann nicht nur über Ballmer lästern und selbst nichts liefern.»
Gerhard Schafroth, GLP

34 Budgetpostulate reichten die Landräte dieses Mal ein. Auffällig ist dabei der hohe Anteil Spar-Anträge: 26 gegenüber deren 8, die im Budget 2013 Mehrausgaben fordern. Spielt man alle Anträge gegeneinander aus, schwingt eine Budgetverbesserung um immerhin rund 25 Millionen Franken oben aus. «Es ist erfreulich, dass das Parlament die Regierung und die Verwaltung mit Sparanträgen unterstützt und sich mit Begehrlichkeiten zurückhält», sagt der Vorsteher der Baselbieter Finanzverwaltung, Roger Wenk, in Vertretung seines Chefs Ballmer. Die Lehren aus der Vergangenheit sind allerdings eindeutig: Nur ein Bruchteil der Postulate dürfte von Regierung und Parlament angenommen werden.

Als aktivster Landrat profiliert sich mit Schafroth jemand, der es im Vorfeld bereits angekündigt hatte. Auch jetzt sagt er: «Ich kann nicht nur über Ballmer lästern und selbst nichts liefern.» Gleich 18 der 34 Vorstösse stammen aus seiner Feder – beziehungsweise aus jener einer GLP-Arbeitsgruppe. Allerdings dürfte eine Handvoll schon alleine aus formellen Gründen abgelehnt werden, da sich nicht alle Anträge Schafroths direkt auf einen Budgetposten beziehen, sondern teils eine Gesetzesänderung voraussetzen. «Man wird sicher versuchen, mich abzuschmettern», weiss denn auch Schafroth, «aber dann dopple ich eben mit Motionen nach».



Der Budget-Kürzungsantrag der Grünen ist mit 15 Millionen Franken der grösste Brocken. JEREMIAS KLÄUI

SVP präsentiert eigene Vorschläge

«Mit solchen Aktionen trägt Herr Schafroth selbst zum Chaos bei», sagt Klaus Kirchmayr. Der Grünen-Landrat glaubt, dass die hektischen Budgetdebatten einerseits Ausdruck des Misstrauens des Parlaments gegenüber der Regierung sind, andererseits aber auch von fehlender Sachkenntnis Einzelner zeugen. Kirchmayr stört sich generell an der Flughöhe der Anträge. Die Grünen selbst warten mit dem grössten Brocken auf: einem 15 Millionen Franken schweren Sparvorschlag, der durch einen tieferen Grundtarif den Kantonsbeitrag an den Spitalleistungen senken soll (siehe Bild).

Gar keine Budgetpostulate reichte die SVP-Fraktion ein. Stattdessen ruft sie eine Grundsatzdebatte aus: «Bei einer Neuverschuldung 2013 von 335 Millionen Franken sind andere Massnahmen gefragt als Budgetpostulate, die selten erfolgreich sind», sagt SVP-Landrat Hans-Jürgen Ringgenberg. Er bezeichnet sogar Kirchmayrs 15-Millionen-Vorstoss als zu gering. Am kommenden Donnerstag wird die SVP deshalb eigene Vorstösse präsentieren. An der Debatte Mitte Dezember wird sie freilich trotzdem teilnehmen. Ringgenberg: «Da ist Feuer im Dach.»

Bericht vergleicht Bildungsdaten

Nordwestschweiz Erstmals liegt ein vergleichender Bericht zum Thema Bildung in den vier Nordwestschweizer Kantonen Solothurn, Aargau und den beiden Basel vor. Der Bildungsbericht Nordwestschweiz vergleicht Daten zu Themen wie der Schulstruktur, der Anzahl Lehrkräfte und der Anzahl Schulabschlüsse. Zusammengetragen und ausgewertet wurden die Zahlen von der Universität Zürich.

Speziell am Bericht ist der schweizweit einzigartige Quervergleich zwischen den Kantonen. Beispielsweise ist das Angebot an Tagesbetreuung in Basel-Stadt weitaus grösser als in den anderen drei Kantonen. Dies liege daran, dass sich der Stadtkanton aktiv um solche Angebote kümmert, während der Staat in den anderen Kantonen nur die privaten Angebote ergänzt. Hoch im Vergleich zu Aargau und Solothurn sei in beiden Basel auch der Anteil an Schülern, die in eine Hochschule eintreten.

Bezüglich Lehrpersonen fällt auf, dass Basel-Stadt vergleichsweise junge Primarlehrer hat. Dies ist aussergewöhnlich. Sonst sind in allen vier Kantonen viele Lehrkräfte über 50 Jahre alt. Zusammen mit wachsenden Schülerzahlen werde dies den Lehrermangel weiter verschärfen.

Der Bericht schaffe eine einheitliche Plattform für die vier Nordwestschweizer Kantone: So könnten diese zusammen neben Bern und Zürich eine politische Leitfunktion bei Bildungsfragen übernehmen. (JK)

«Gezeigt, was möglich ist»

GPK-Bericht FDP-Landrätin Monica Gschwind wurde über alle Parteigrenzen hinweg für ihre Untersuchungsarbeit gelobt.

VON BOJAN STULA

Monica Gschwind (49) war am Donnerstag der heimliche Star im Baselbieter Landrat. Aus allen Fraktionen wurde die FDP-Vertreterin und Gemeindepräsidentin von Hölstein mit Lob für ihre Autorenschaft des GPK-Berichts zur Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) überhäuft. Die Vorsitzende der für die Untersuchung zuständigen Subkommission 2 erwartet nun von der Direktion Zwick konkrete Verbesserungen.

Monica Gschwind, Sie haben sich am Donnerstag sehr enttäuscht über die laue Reaktion von Regierungsrat Peter Zwick zu Ihrem GPK-Bericht gezeigt. Was erwarten Sie in Zukunft von ihm?
Monica Gschwind: Ich hoffe, dass in Peter Zwicks Bericht, für den er drei Monate Zeit hat, wirklich Antworten drin stehen, wie er vorgehen will, um die Situation zu verbessern.

Konkret welche Antworten?
Es reicht nicht, wenn Zwick einfach sagt: «Ich ändere mich.» Gerade in der Kommunikation muss er den Kommissionen stärker vertrauen, dass diese das Amtsgeheimnis wahren, wenn er ihnen wichtige Unterlagen vorlegt. Dass bei der Planung des Bruderholz-Spitals ein zweiter Bericht existiert, wussten wir nicht einmal. Zwick muss ein Konzept vorlegen, wie Verbesserungen tatsächlich greifen können. Und er muss in Zukunft einfach schneller handeln.

Monica Gschwind. MARTIN TÖNGI

In der Landratsdebatte machte das Wort vom «Vertrauensverlust» die Runde. Hat Zwick auch bei Ihnen an Vertrauen eingebüsst?
Natürlich, gerade wenn man sah, wie er nach der Debatte reagiert hat. Er scheint die Forderung nach einer kantonalen Spitalstrategie gar nicht richtig aufgenommen zu haben. Aber er hat nun die Chance zu beweisen, dass er die VGD erfolgreich reorganisieren kann. Für die Gesundheitskommission des Landrats wäre das besonders wichtig. Wir haben ja in der Debatte gehört, wie schlecht zum Teil die VGD-Vorlagen vorbereitet sind und deshalb von der Kommission zurückgewiesen werden.

Der Landrat hat mit Peter Zwick wegen seiner Gesundheitspolitik abgerechnet, aber damit eigentlich seine Wirtschaftspolitik gemeint. Stimmen Sie zu?
Es ist beides. Auch in der Wirtschaftspolitik hat man schon länger das Gefühl, dass nichts läuft. Wobei diese jetzt die Gesamtregierung in die Hand genommen hat. Ich erhoffe mir nun wirklich, dass es vorwärtsgeht; insbesondere, wenn Sabine Pegoraro diese vertritt.

Hat Ihr GPK-Bericht einen Paradigmenwechsel eingeleitet?
Ich denke schon. Wir haben gezeigt, was möglich ist, und dass man aufrütteln kann, wenn man tiefer gräbt.

Sie wurden im Landrat geradezu mit Lob überschüttet. Was bedeutet das für Sie persönlich?
Ich habe die Arbeit ja nicht alleine getan. Daniela Gaugler und Peter Küng waren ebenso stark involviert, und Hanspeter Weibel hat uns immer wieder auf die richtige Schiene geführt. Ich habe dann einfach die Fakten zusammengefasst. Als Star fühle ich mich deswegen nicht.

Nachrichten

Pratteln Chemieunfall – niemand verletzt
Auf einem Firmenareal in Pratteln ist es am Donnerstagabend zu einem Chemiezwischenfall gekommen. Verletzt wurde niemand. Messungen hätten ergeben, dass für Mensch und Umwelt zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr bestanden habe, teilte die Polizei gestern mit. Gemäss Communiqué flossen in den Räumlichkeiten einer Chemiefirma an der Güterstrasse gegen 21.20 Uhr einige Liter eines Lösungsmittels aus. Darauf kam es zu einer chemischen Reaktion mit einem gesundheitsgefährdenden Stoff. Die beiden Arbeiter, die sich zum Zeitpunkt des Zwischenfalls im geschlossenen Raum aufgehalten hatten, blieben unverletzt. (SDA)

Handelskammer Nein zu Bildungsinitiativen
Die Handelskammer beider Basel lehnt die drei Bildungsinitiativen sowie den Gegenvorschlag der Regierung ab. «Aus Sicht der Handelskammer sind diese Forderungen nicht zielführend, da die Bildungsqualität dadurch nicht erhöht wird», wie der Vorstand mitteilt. Zudem seien die Initiativen in Hinblick auf das Sparpaket nicht verantwortbar. (BZ)

Arisdorf Solaranlage ging in Flammen auf
Kurz vor Mittag brannte gestern ein Solarpanel auf dem Dach einer Liegenschaft an der Arisdorfer Hauptstrasse. Die Feuerwehr hatte den Brand schnell unter Kontrolle. Wegen der starken Rauchentwicklung musste die Liegenschaft kurzzeitig evakuiert werden, wie die Baselbieter Polizei mitteilt. Verletzt wurde niemand. Die Brandursache ist noch nicht geklärt. (BZ)

GPK-Bericht EVP spricht Zwick Vertrauen aus
Die Baselbieter EVP sieht bei CVP-Regierungsrat Peter Zwick nicht die alleinige Schuld für die 13 Millionen Franken Verlust bei der Planung des Bruderholz-Neubaus. Kommission und Landrat hätten der Vorlage zugestimmt, betont die EVP in einer Mitteilung. Die EVP habe weiterhin Vertrauen in Zwick und hoffe, dass sich der angekündigte Kurswechsel mit einem neuen Generalsekretär «zum Vorteil auswirken wird». (BZ)

Münchenstein Brocki Zollweiden schliesst
Voraussichtlich Ende Jahr schliesst die Brockenstube Zollweiden in Münchenstein. Wie die Betreiber mitteilen, sei die Filiale nicht mehr rentabel. Ab sofort beginne der Ausverkauf zu Liquidationspreisen. (BZ)

INSERAT
Am 25. Nov. 2012 für eine gute Schule Baselland
3 × Ja
Stoppen wir den Bildungsabbau

Komitee Gute Schule Baselland, Postfach 330, 4127 Birsfelden